

Generationengerechtigkeit in Zeiten von Corona: Vorschläge aus der Jugendpolitik

Hirschbeck, Walburga; Schweda, Anna

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hirschbeck, W., & Schweda, A. (2022). Generationengerechtigkeit in Zeiten von Corona: Vorschläge aus der Jugendpolitik. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research*, 17(1), 123-127. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v17i1.08>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Generationengerechtigkeit in Zeiten von Corona: Vorschläge aus der Jugendpolitik

Walburga Hirschbeck, Anna Schweda

Einführung

Die Pandemie hat gezeigt, dass die generationale Lage junger Menschen in der Krise zu wenig berücksichtigt wurde. Junge Menschen wurden vielfach als „Generation Corona“ betitelt, doch diese Generalisierung greift zu kurz und erkennt die vielfältigen Herausforderungen und Erfahrungen junger Menschen in der Covid-19-Pandemie nicht an. Zudem kann angenommen werden, dass auch die anderen Generationen eine erneute generationale Prägung erfahren (Ayalon et al., 2021). In seiner Stellungnahme zu Kindheit und Jugend in Zeiten von Corona reflektiert das Bundesjugendkuratorium (2021, S. 4), „was für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik und die Infrastrukturen von Kindheit und Jugend aus dieser Krise und jetzt und nachhaltig gelernt werden kann.“ Dabei benennt das BJK sowohl die durch die Covid-19-Pandemie verstärkten Schief lagen und daraus resultierende grundsätzliche sozialpolitische Herausforderungen als auch konkrete Punkte, wie aktuell und in Zukunft in Krisenzeiten neben unmittelbaren Schutz- und Sicherungskonzepten die Bedürfnisse und Rechte der jungen Generation adäquat berücksichtigt und die Folgen der Pandemie für Kindheit und Jugend bearbeitet werden können. Der vorliegende Kurzbeitrag beleuchtet zentrale Themen der Stellungnahme und widmet sich insbesondere Aspekten der Generationensolidarität.

Krisenpolitik als Generationenpolitik

Junge Menschen haben in der Krise eine große Generationensolidarität gezeigt und auf vieles verzichtet. Gleichzeitig nehmen junge Menschen kaum wahr, dass ihre Bedarfe und Lebenslagen berücksichtigt werden und sie sich an der Ausgestaltung der Generationensolidarität beteiligen können. So waren Kinder und Jugendliche in den Klassenstufen fünf bis zwölf aufgrund der langen Schließzeiten von weiterführenden Schulen besonders stark durch die Kontaktreduzierungen belastet. Die Lebenslagen junger Erwachsener sind zudem kaum betrachtet worden, obwohl gerade im jungen Erwachsenenalter viele junge Menschen von prekären Lebenskonstellationen bedroht sind, die sich in den weiteren Lebensverlauf einschreiben (BJK, 2020). Mittlerweile sind die differenzierten Positionen und Unsicherheiten junger Menschen stärker in die öffentliche und politische Wahrnehmung gerückt. Es wird betont, dass die Bedarfe junger Menschen nicht noch einmal ver-

nachlässigt werden dürfen und ihr Recht auf Beteiligung auch in Krisenzeiten verwirklicht werden muss (Andresen et al., 2020a; Andresen et al., 2020b).

Um die ‚Weitergabe‘ des Armutsrisikos an die nächste Generation zu vermeiden, ist dem Übergang von Schule in Ausbildung und von Schule zum Studium eine besondere (jugend-)politische Aufmerksamkeit zu widmen, da Entscheidungen in diesen Übergangsphasen die weitere Bildungsbiographie beeinflussen. Eine gescheiterte Einmündung in Ausbildung und Beruf hat oft einen langfristigen Ausschluss aus dem Erwerbsleben zur Folge (Forum Transfer, 2021, S. 2). Nach Ansicht des BJK braucht es daher über digitale Angebote hinaus Strategien, um Jugendliche und junge Erwachsene gerade in prekären Lebenslagen zu erreichen. Durch den Wegfall von Übergangs- und Beratungsstrukturen im Zuge der Covid-19-Pandemie werden vor allem junge Menschen ohne elterliche Unterstützung strukturell benachteiligt.

Ein weiterer Aspekt der Generationensolidarität ist darin zu sehen, dass junge Menschen erst spät bei der Impfplanung in den Blick kamen und es nach mehr als anderthalb Jahren nach Beginn der Pandemie nach wie vor keinen zugelassenen Impfstoff für unter 12-Jährige gab (BJK, 2021, S. 17-18). Die nur kurz skizzierten Aspekte machen deutlich, wie wichtig es ist, politisch dafür Sorge zu tragen, dass die wechselseitigen Interessen aller Generationen während der Krise und in ihrer nachhaltigen Bearbeitung Berücksichtigung finden.

Kinder- und Jugendrechte krisenfest verankern

Die Verwirklichung der Rechte junger Menschen stellt die Basis einer nachhaltigen Generationenpolitik dar. Es wird insbesondere in Krisenzeiten sichtbar, wie (un-)beständig die Rechte aller jungen Menschen verwirklicht sind. Da junge Menschen strukturell ihre Anliegen politisch weniger stark durchsetzen können, sind sie darauf angewiesen, dass politisch ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet wird, ob ihre Bedarfe nicht nur angehört werden, sondern ihre Rechte garantiert und umgesetzt werden. Kinder- und Jugendrechte basieren auf den Grundbedürfnissen, formulieren aber auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte auf ein gerechtes und diskriminierungsfreies Aufwachsen.

Die vielfach beschriebene Brennglasfunktion der Pandemie hat allerdings deutlich werden lassen, dass sich bestehende soziale Ungleichheiten und ungleichwertige Lebensverhältnisse durch die Covid-19-Pandemie noch weiter verstärkt haben (Kluntz, 2021; Ackeren et al., 2020; Butterwege, 2021). Fatalerweise wird die Ungleichheit der Bildungschancen in Pandemie-Zeiten durch die Bildungseinrichtungen nicht ausgeglichen, sondern eher noch verschärft (Hurrelmann & Dohmen, 2020). Darüber hinaus stellt die diskriminierungsfreie Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Zeiten von Corona eine besondere Herausforderung dar, die kaum thematisiert wurde. Es muss für alle jungen Menschen sichergestellt werden, dass sie Zugang zu (digitalen) inklusiven Bildungsangeboten, der hierfür benötigten Ausstattung sowie zu barrierefreien Lernorten haben. Insbesondere junge Menschen aus strukturbenachteiligten Haushalten und mit Förderbedarfen benötigen Kontakt zu Fachkräften und Lehrpersonal (Goldan et al., 2020).

Nach Ansicht des BJK sind politische Strategien notwendig, die diskriminierungsfreie und gleichberechtigte Teilhabe sowie die Reduzierung von Kinder- und Jugendarmut

nachhaltig sicherstellen. Ein Anschluss an die Debatten zum Thema Kinder- und Jugendgrundsicherung sei nun notwendig und überfällig. Um Zukunftsängsten und einer schleichenden Entkopplung junger Menschen entgegenzuwirken, empfiehlt das BJK die Einführung einer Ausbildungsgarantie sowie davon unabhängig breite niedrigschwellige sozialräumliche Angebote der Begleitung und Beratung (BJK, 2021, S. 21-32).

Coronakrise als Beteiligungskrise

Bereits die Ergebnisse der ersten JuCo-Studie der Universitäten Frankfurt und Hildesheim im Frühjahr 2020 offenbarten Erfahrungen, Sorgen und Bedarfe junger Menschen während der Maßnahmen im Rahmen der Covid-19-Pandemie. Viele Jugendliche und junge Erwachsene haben nicht wahrgenommen, dass ihre Interessen und Sorgen in der Pandemie gehört oder anerkannt wurden oder sie selbst in Gestaltungsprozesse einbezogen wurden (Andresen et al., 2020a, S. 16). Die zweite Befragung der JuCo-Studie Ende 2020 verweist auf Gefühle der Einsamkeit und Zukunftsängste junger Menschen in Hinblick auf die Folgen der Pandemie. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die wenig Ressourcen zur Verfügung haben sowie junge Menschen, die an einem institutionellen Übergang (Schule in den Beruf, nach dem Freiwilligendienst oder dem Studium) stehen, blicken sorgenvoll in die Zukunft (Andresen et al., 2020b, S. 7). Wenngleich betont wurde, dass gegen Ende 2020 den Rechten und Lebenslagen junger Menschen von Politik und Wirtschaft mehr Bedeutung beigemessen wurde, fanden die Bedarfe junger Menschen in politischen Entscheidungen kaum Berücksichtigung (vgl. Andresen et al., 2020b, S. 7). Diesbezüglich konstatiert das BJK: „In den Krisengremien auf sämtlichen föderalen Ebenen fehlen weitgehend junge Menschen und Interessenvertreter*innen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen“. (BJK, 2021, S. 16) Da gerade die junge Generation von den Folgen, Kosten und der Art und Weise der Krisenbewältigung auch in Zukunft betroffen, jedoch am wenigsten an deren Bearbeitung beteiligt ist, stellt die Coronakrise auch eine Beteiligungskrise dar.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Machtasymmetrie zu Gunsten der erwachsenen Generationen, die damit verbunden ist, dass jüngere Generationen über weniger Zugänge zur Beteiligung verfügen und ihnen bisher oftmals Möglichkeiten der Mitbestimmung vorenthalten wurden, umfasst das Recht auf Beteiligung auch ein Recht auf altersgerechte Formate und Verfahren zur Beteiligung in politischen Entscheidungsprozessen sowie dafür notwendige altersgerechte, mehrsprachige und barrierearme Informationen (BJK, 2021, S. 18-19). Gefühle von Ohnmacht und Überforderung bergen darüber hinaus die Gefahr einer schleichenden Entkopplung junger Menschen. Eine fehlende Beteiligung junger Menschen suggeriert den jungen Generationen, dass ihre Anliegen weniger wert sind, kann Gefühle des „Abgehängtseins“ evozieren und zur gesellschaftlichen Kohäsion beitragen.

Schluss: Lessons learned!?

Vielfach wird darüber diskutiert, ob und gegebenenfalls welche Lektionen aus der Krise gelernt wurden (was häufiger als die „lessons learned“ thematisiert wird). Bislang ist noch

nicht deutlich, ob diese Lektionen hinreichend in politische Strategien überführt werden, um die Generationensolidarität für jungen Menschen wahrnehmbar zu stärken. Nach Ansicht der Autorinnen besteht derzeit die Gefahr, es vorschnell bei den „gelernten Lektionen“ zu belassen und zu einer vermeintlichen Normalität zurück zu kehren, in der viele (junge) Menschen noch stärker als zuvor von sozialen und generationalen Ungleichheiten betroffen sind, die nach der Pandemie wieder in den Hintergrund geraten.

Um dies zu vermeiden und Konsequenzen für die krisenfeste Verwirklichung der Kinder- und Jugendrechte zu ziehen, erachtet es das BJK als dringend notwendig, die Erfahrungen während der Pandemie einschließlich des Krisenmanagements aus kinder- und jugendrechtlicher sowie aus kinder- und jugendpolitischer Perspektive gemeinsam mit jungen Menschen zu überprüfen. Da im Krisenmanagement die sofortige und durchgängige Verwirklichung der Kinder- und Jugendrechte nicht gegriffen hat, sind diese besonders in der nachhaltigen Bearbeitung zu sichern und krisenfest zu verankern (BJK, 2021, S. 25).

Mit den folgenden Vorschlägen möchte das BJK eine entsprechende Auseinandersetzung anregen (BJK, 2021, S. 26-32):

- In Hinblick auf die unzureichende Beteiligung junger Menschen ist das in der UN-KRK enthaltene Recht auf Beteiligung auch in Krisenstäben von Anfang an umzusetzen. Dafür ist ein Plan zu entwerfen, wie junge Menschen altersgerecht und differenziert nach ihren Erfahrungen am Krisenmanagement mitwirken können.
- Um junge Menschen in Armutslagen und belastenden Lebenskonstellationen das Recht auf diskriminierungsfreie soziale Teilhabe zu ermöglichen, ist entsprechend des Inklusionsanspruchs sicherzustellen, dass sie umgehend erreicht, in kompensatorischen Angeboten zum Abbau von Bildungsungleichheit besonders berücksichtigt und bedarfsgerecht unterstützt werden.
- Im Kinder- und Jugendalter ist der Kontakt zu Gleichaltrigen für das Wohlbefinden und eine gelingende sozial-emotionale Entwicklung zentral. Das Recht auf Gesundheit beinhaltet neben der körperlichen Unversehrtheit auch die seelische und soziale Gesundheit und ist krisenfest zu verankern.
- Das Recht auf Bildung umfasst sowohl die formale als auch die non-formale Bildung. Da gerade in Deutschland die Bildungschancen stark von den familiären Verhältnissen abhängen, besteht ein dringender Handlungsbedarf in Krisenzeiten und darüber hinaus Bildung unabhängig von den Ressourcen der Eltern zu verwirklichen und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.
- Damit junge Menschen ihre Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte in Anspruch nehmen können, müssen Infrastrukturangebote niedrigschwellig und inklusiv gestaltet sein sowie online wie offline zur Verfügung gestellt werden.
- Schließlich ist es erforderlich, auch in Krisen eine partizipativ durchgeführte Kindheits- und Jugendforschung zu sozialen Bedarfen, zum Wohlbefinden, zum Alltag und zur Gesundheit sowie zur emotionalen Belastung von jungen Menschen durchzuführen und dafür entsprechende Strukturen bereitzustellen.

Literatur

- Ackeren, Isabell van, Endberg, Manuela & Locker-Grütjen, Oliver (2020). Chancenausgleich in der Corona-Krise: Die soziale Bildungsschere wieder schließen. *DDS – Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis*, 112 (2), 245-248. Münster, New York: Waxmann. <https://doi.org/10.31244/dds.2020.02.10>.
- Andresen, Sabine, Lips, Anna, Möller, Renate, Rusack, Tanja, Schröer, Wolfgang, Thomas, Severine & Wilmes, Johanna (2020a). *Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. <https://doi.org/10.18442/120>.
- Andresen, Sabine, Heyer, Lea, Lips, Anna, Rusack, Tanja, Schröer, Wolfgang, Thomas, Severine & Wilmes, Johanna (2020b). „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ – *Jugendalltag 2020*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. <https://doi.org/10.18442/163>.
- Ayalon, Liat, Chasteen, Alison, Diehl, Manfred, Levy, Becca R., Neupert, Shevaun D., Rothermund, Klaus, Tesch-Römer, Clemens & Wahl, Hans-Werner (2021). Aging in Times of the COVID-19 Pandemic: Avoiding Ageism and Fostering Intergenerational Solidarity. *The journals of gerontology. Series B, Psychological sciences and social sciences*, 76 (2), 49-52. <https://doi.org/10.1093/geronb/gbaa051>.
- BJK – Bundesjugendkuratorium (2021). *Kindheit und Jugend in Zeiten von Corona. Konsequenzen für die aktuelle und zukünftige Kinder- und Jugendpolitik*. Verfügbar unter: https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/bjk_2021_corona.pdf [16.06.2021].
- Butterwegge, Christoph (2021). Das neuartige Virus trifft auf die alten Verteilungsmechanismen: Warum die COVID-19-Pandemie zu mehr sozialer Ungleichheit führt. *Wirtschaftsdienst*, 101 (1), 11-14. Heidelberg: Springer. <http://dx.doi.org/10.1007/s10273-021-2817-5>.
- Forum Transfer (2021). *Die Covid-19-Pandemie spitzt die Lage im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf massiv zu: Jetzt ist die Übergangs- und Berufsbildungspolitik gefordert!* Mainz: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism gGmbH).
- Goldan, Janka, Geist, Sabine & Lütje-Klose, Birgit (2020). Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf während der Corona-Pandemie. Herausforderungen und Möglichkeiten der Förderung – Das Beispiel der Laborschule Bielefeld. In: Fickermann, D. & Edelstein, B. (Hrsg.), „Langsam vermisste ich die Schule ...“: Schule während und nach der Corona-Pandemie. *DDS – Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis* (S. 189-201), Beiheft 16. Münster, New York: Waxmann. <https://doi.org/10.31244/9783830992318.12>.
- Hurrelmann, Klaus & Dohmen, Dieter (2020). Die Krise schwächt die Schwachen. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 40 (3), 313–320.
- Klundt, Michael (2021). Soziale Spaltung und Corona-Kapitalismus. *Sozial Extra*, 45 (1), 13-18. <https://doi.org/10.1007/s12054-020-00343-x>.